

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13003. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellzeile ober deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.20 M.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonellzeile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Wahlrecht ist Wahlpflicht! Rüttelt die Gleichgültigen auf!

Deutsch-österreichischer Rätekongress Adler über die politische Lage.

Berlin, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit bringt heute einen Bericht vom deutsch-österreichischen Rätekongress, dem wir folgendes entnehmen:

Der Rätekongress wurde am 1. Juni unter äußerst starker Beteiligung eröffnet. Friedrich Adler sprach über die politische Lage:

In der Zeit seit der letzten Rätekonferenz hat sich eine vollkommene Wandlung der politischen Situation vollzogen. Während damals Ungarn noch eine Räterepublik war, herrscht nun dort ein reaktionäres Regime. Diese Aenderung der ganzen Situation innerhalb dieser Zeit bedingte zwei Perioden, die Tätigkeit des Reichsvollzugsausschusses und auch die Tätigkeit der Arbeiterräte.

Innerhalb der ersten Periode, die bis in den August, bis zum Zusammenbruch der Rätebürokratur in Ungarn hinausreichte, hatten sich die Arbeiterräte mit der Frage zu beschäftigen, inwieweit das österreichische Proletariat verpflichtet sei, den revolutionären Aufstand in Europa zu unterstützen. Die zweite Periode war von den Maßnahmen gegen die Reaktion außer- und innerhalb Österreichs erfüllt. Die Reichskonferenz im vorigen Jahre hatte sich mit dem Antrag der Kommission zu befassen, Deutsch-Österreich zu einer Räterepublik zu erklären. Wenn wir heute rückwärtend diese Periode überblicken, so wissen wir, daß die Reichskonferenz, in dem sie den Kommunisten nicht gefolgt ist, die richtige, den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Taktik eingeschlagen hat.

Der zweite Teil dieser Periode war vom Kampf gegen die Reaktion erfüllt, darin waren die Arbeiterräte Deutsch-Österreichs vorbildlich für alle andern Länder. Das entscheidendste und wesentlichste der gegenwärtigen Periode ist, die wachsende Räterevolution zu bekämpfen. Die Arbeiterräte haben in Wien, Niederösterreich und Oberösterreich sehr großen Einfluß. Sie wurden nach dem 13. Januar 1919 gegründet, um engere Beziehungen der Institutionen der sozialdemokratischen Partei mit den in den Betrieben tätigen Arbeitern herzustellen. Den Massen wurde dadurch ein direkter Einfluß auf die Geschicke der Arbeiterbewegung ermöglicht. Mit der Zeit erfolgten jedoch Abspaltungen von der sozialdemokratischen Partei, die sich in der kommunistischen Partei vereinigt haben. Die Aufgabe der Arbeiterräte ist es, alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Parteien im Arbeiterrat zu vereinigen, um in gewissem Sinne die Einheit des Proletariats zu erhalten. Das ist die historische Leistung des Arbeiterrates. Hätte Deutsch-Österreich den Arbeiterrat nicht in dieser Weise konstituiert, dann wäre es in deutsche Verhältnisse hineingekommen. In die Verhältnisse, die dem Proletariat trotz seines riesigen großen Körpers die Kampffähigkeit geraubt haben.

Die Kommunisten haben zur Zeit, als die Rätebürokratur in Ungarn und Bayern herrschte, den Arbeiterrat als Fessel empfunden und erklärten, sich nur revolutionären Entschlüssen fügen zu wollen. Auch andre Strömungen der Gewerkschaften richteten sich gegen die Arbeiterräte. Die Aufgabe des Arbeiterrates ist es, die verschiedenen Fraktionen des Proletariats zu gemeinsamen Beratungen und Beschlüssen zusammenzuführen. So versteht der Arbeiterrat die Funktionen eines Parlaments der Arbeiterklasse und kann diese so gegen alle Gefahren, die der Revolution drohen, in ganz andern Maße berücksichtigen, als die Arbeiterklasse in den andern Ländern. Die Arbeiterräte Deutsch-Österreichs sind in weitgehenderem Maße bereit als in irgendeinem andern Lande des Kapitalismus. Zudem die führenden Genossen in den andern Ländern die Arbeiterräte im Interesse einzelner Fraktionen des Proletariats preisgegeben haben; haben sie sie gesprengt. Alle drei Parteien des deutschen Proletariats haben in gleicher Weise einen Mangel an Einsicht bewiesen, indem sie das Gesamtinteresse des Proletariats dem Interesse einzelner Gruppen des Proletariats aufgeopfert haben. Dagegen müssen wir an dem gegenwärtigen System festhalten, und die da glauben, die Zeit der Arbeiterräte sei um, beweisen nichts andres, als daß sie historisch nicht weit blicken, denn die ungeheure Umwälzung, die der Weltkrieg vorbereitet hat, ist noch lange nicht zu Ende, und noch große Möglichkeiten nach rechts und links liegen vor uns. Sie müssen die Arbeiterklasse kampfergeistet finden. Der Arbeiterrat hat in entscheidungsvoller Situation die Energie und den Mut aufgebracht, das Richtige zu tun, die notwendige Selbstkritik zu erkennen, die

aus der historischen Situation hervorgeht und was sie heißt. Wir werden unsere Funktion als Arbeiterräte erfüllen, wenn wir auch in Zukunft wie bisher an unsern Aufgaben und Grund-sätzen festhalten.

Eingeständnisse der österreichischen Kommunisten.

Berlin, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Dem Vorwärts wird aus Wien unterm 1. Juni gemeldet: Dem Kreisarbeiterrat überbracht in der heutigen Sitzung ein aus Rußland zurückgekehrter Kriegesgefangener die Grüße eines Kameraden. Da er für die Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland eintrat, gab die Abgeordnete Emma freundlich Aufschluß über die Verhandlungen, die sie seinerzeit in Wien und später in London im Namen der Genossenschaften mit russischen Genossenschaftlern geführt hat. Sie erklärte, daß die Russen gar keine Forderungen machen konnten, wirklich etwas zu liefern. Deutsch-Österreich könnte keine drei Wochen von dem Leben, was Rußland schicken würde, selbst wenn es Lokomotiven und Wagen hätte. Der Kommunist Friedrich Linder führte aus, daß auch die Kommunisten, die auf die Weltrevolution hinarbeiten, nicht auf dem Standpunkt stehen, man könne in diesem Deutsch-Österreich die Räterepublik ausrufen. Ein Sowjet-Österreich würde sich wirtschaftlich nicht halten können. Da die Einheitlichkeit Deutsch-Österreichs an ein größeres Wirtschaftsgebiet zu einer engeren Fühlung mit dem revolutionären Proletariat führen könnte, so hätte er nichts gegen den Anschluß an Deutschland. — Ein anderer Kommunist gab die Erklärung ab, daß die Kommunisten durchaus nicht die Genossenschaften sprengen, sondern sie nur radikalisieren wollten.

Freilassung des Genossen Dehme.

Berlin, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das preussische Ministerium des Innern und das Reichswehrministerium haben nach Ostpreußen die Anweisung gegeben, den Genossen Dehme, der auf Veranlassung des Staats- und Reichskommissars Borowsky verhaftet wurde, wieder freizulassen. Die Vertreter der Presse, denen am Dienstag diese Mitteilung gemacht wurde, haben einstimmig eine Resolution angenommen, in der gegen diese, sowie andre willkürliche Verhaftungen von Journalisten protestiert und die Regierung um Aufklärung darüber ersucht wird, welche Rechtsgrundlage die Verhaftung Dehmes gehabt hat.

Die Regierung hat also jenseit Ueberlegung gehabt, daß sie dem Skandal schleunigst ein Ende gemacht hat. Schlimm genug, daß er überhaupt passieren konnte!

General v. Lüttich in Oberschlesien.

Beuthen (Oberschlesien), 1. Juni. Der Volkswille in Gleiwitz weiß zu melden, General v. Lüttich hatte sich seit elf Tagen in Uchitz (Kreis Rosenberg) beim Freiherrn v. Scherz-Tjoh auf.

Wird ihn die Justiz, die verpflichtet ist, Lüttich wegen seines im März begangenen Hochverrats festzusetzen, nun zu finden wissen?

Abbruch Belgiens gegen die Zuwanderung Deutscher.

Brantfurt a. Main, 1. Juni. (M.) Nach einer in belgischen Blättern veröffentlichten Mitteilung des Departements für auswärtige Angelegenheiten hat die belgische Regierung gegenüber zahlreichen Gesuchen deutscher Staatsangehöriger als Neuland aufgestellt, daß sie sich einer Wiedereinwanderung solcher Personen, die vor dem Krieg in Belgien ansässig waren, widersetzen werde. Nur ganz ausnahmsweise wird die Genehmigung erteilt werden, insbesondere wenn es sich um Personen handelt, die lange Jahre vor dem Krieg in Belgien wohnten, dort ihre Familien haben oder Söhne, die Belgier geworden sind und als solche den Krieg mitgemacht haben. Die Kommunalverbände sind aufgefordert worden, die Glückwünsche solcher Fremden zu verweigern, die nicht im Besitz eines ordnungsgemäßen, von einem belgischen Konsul visierten Passes sind.

Bevorstehende Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Berlin, 1. Juni. (L.) Nach einer Meldung der Neuen Berliner Zeitung aus Hamburg erklärte der Reichsjustizminister Dr. Winter in einer Versammlung, daß im Oktober auch der Rest der Zwangswirtschaft werde beseitigt werden können.

Das politische Arsenal der deutschen Bourgeoisie.

Der abwehrlose Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie und ihrer Politik in den Novembertagen 1918, den manche eine Revolution zu nennen beliebten, zeigte zugleich die politische Unfruchtbarkeit und Ideenlosigkeit der bürgerlichen Politik. Nicht eine einzige Parole hat das deutsche Bürgerium damals gefunden, mit der es den Versuch einer Abwehr des siegreich vorstößenden Sozialismus hätte unternehmen können. „Wir stellen uns auf den Boden der Tatsachen“, das war alles, was man von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, von Herrn Naumann bis zum Grafen Westarp, stammelnd hervorbrachte.

Zimmerhin konnte mancher annehmen, daß die bürgerliche Ideologie infolge der körperlichen und seelischen Entkräftung der Bourgeoisie durch den Krieg nur dem ersten Ansturm der sozialistischen Ideen erlegen war. Zwar bewies die Missetätigkeit der sozialistischen Rekonstruktion, der Ideenreichtum des Proletariats, daß durch den Krieg zwar die Entschlußkraft und die Entscheidung- und Entschleunigungsmöglichkeiten geschwächt und gehemmt waren, daß aber für ein innerlich gesundes und leistungs-fähiges Ideensystem die Lebensbedingungen noch voll gegeben waren. Trotzdem sträubte sich das Bürgerium gegen die Erkenntnis, daß der Mangel an politischen Ideen eben der Beweis für seinen politischen Untergang war. Und so hoffte man, daß die nächsten Monate und Jahre auch dem Bürgerium die neue politische Idee bringen würden, mit der es von neuem den Kampf gegen den Sozialismus aufnehmen könnte.

Man hat vergeblich gewartet. Die deutsche Bourgeoisie zieht in den Wahlkampf ohne eine einzige neue Idee, ja überhaupt ohne jede Idee. Wer die politische Situation auch nur einigermaßen begriffen hat, der weiß, daß der Entscheidungskampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Kapitalismus und Sozialismus, noch in diesem Jahrzehnt ausgetragen werden muß. In diesem Kampf geht es seit den Novembertagen 1918 Stellung zu nehmen, klar und offen Farbe zu bekennen. Die Wahlen zum kommenden Reichstag bieten von neuem Gelegenheit für diese Stellungnahme. Es ist bezeichnend, daß der weitaus überwiegende Teil des Bürgeriums nicht den Mut zu dieser Stellungnahme findet. Die bürgerlichen Parteien, die der Koalitionsregierung angehören, und die nach ihrer bisherigen Stimmenzahl fast zwei Drittel des Bürgeriums repräsentieren, haben für die Wahlen an der Parole der Koalitionsregierung festgehalten. Die Deutsche Volkspartei hat sich zu ihnen gefunden und vertritt für den Wahlkampf ebenfalls die Idee einer Koalition der drei bürgerlichen Parteien mit den Rechtssozialisten. Diese Koalitionsregierung aber ist der technische Ausdruck der Furcht vor der politischen Problemstellung. Der Sinn dieser Koalitionsregierung ist es, die deutliche Kampfstellung zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu verwischen, den Kampf hinauszuschieben und unter der Phrase der Versöhnung von Arbeitnehmer und Arbeitgeber, von Kapitalismus und Sozialismus, die kapitalistische Herrschaft neu zu fundieren. Die Rechtssozialisten haben nun freilich begriffen, daß diese Vertuschungspolitik sie um den letzten Kredit bei der sozialistischen Arbeiterschaft bringen wird und sie haben sich deshalb entschlossen, wenigstens äußerlich etwas davon abzuhelden. Damit aber, daß man eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei abseht und sich ein paar billige Phrasen von der Notwendigkeit der Einigung des Proletariats abquält, ist es nicht getan. Die Rechtssozialisten haben sich auch für diesen Wahlkampf nicht prinzipiell gegen eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien entschieden, sie müssen deshalb die Verantwortung für die Politik der Festigung des kapitalistischen Systems durch das Versöhnungs-mandant mit übernehmen.

Die prinzipielle Bereitschaft der bürgerlichen Parteien zum Zusammenschluß von den Demokraten über das Zentrum bis zur Deutschen Volkspartei, ja die geheime Bereitwilligkeit der Deutschnationalen, sich wieder einmal „auf den Boden der Tatsachen“ zu stellen und ebenfalls mitzumachen, falls die Wahlen den erhofften Sieg nicht bringen sollten, ist lediglich der Ausfluß der Unfähigkeit einer eigenen politischen Stellungnahme. Die deutsche Bourgeoisie wagt nicht, mit einer eigenen Politik, mit einer Idee des Bürgeriums, mit einer kapitalistischen Wahlparole in den Kampf zu ziehen. Sie wagt keine klare Kampfstellung, weil es ihr an einer Idee fehlt, an deren liegende Kraft